

Was die Mehrheit der Deutschen denkt, und was Seehofer sagt

Veröffentlicht am 22.03.2018 von Conservo

Von G. V. *)

Brief an den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Herrn Minister Seehofer persönlich, Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

+++

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister Seehofer,

zunächst beglückwünsche ich Sie ganz herzlich zu Ihrem neuen wichtigen und sehr verantwortungsvollen Amte!

Weiterhin beglückwünsche ich Sie auch ganz besonders zu Ihrer mutigen und standhaften Feststellung, dass der Islam ihrer Meinung nach nicht zu Deutschland gehört. Damit haben sie vollkommen Recht und sprechen aus, was die Mehrheit der Deutschen denkt.

Seit vielen Jahren beschäftige ich mit dem Thema Islam, las Koran, sprach mit vielen Juristen, Islamwissenschaftlern, Islamvertretern und Muslimen, auch mit radikalen Salafisten. Ich sprach mit verfolgten oppositionellen Muslimen und mit Konvertiten. Dadurch habe ich mir ein klares Bild über den Islam und ihre Vertreter in Deutschland machen können.

Zu diesem Themenkomplex möchte ich Ihnen in Kurzform folgendes berichten:

Der Islam ist nicht säkularisiert, d.h. Politik und Religion sind nicht getrennt, deshalb sind im Islam Religion und Politik untrennbar miteinander verbunden. Predigten in Moscheen sind mithin auch immer irgendwie politisch.

Moscheen sind nicht nur ausschließlich Gebetshäuser, wie bei uns die Kirchen, sondern sind auch Gemeinde- und Gesellschaftszentren, was der Bildung von Parallelgesellschaften Vorschub leistet und die gewünschte Integration von Muslimen be- und verhindert.

Der Ruf des Muezzins vom Minarett ist nicht gleichbedeutend mit dem Kirchengeläut, weil der Muezzin die Allmacht Allahs als den einzig wahren Gott vom Minarett ausruft, während das Kirchengeläut entweder die Gläubigen zum Gottesdienst einlädt oder rein liturgisch ist.

Moscheen gelten im Islam als islamisches Gebiet, in fremden Kulturen, wie bei uns, als besetztes oder erobertes Gebiet, von dem aus islamische Brückenköpfe gebildet werden.

Viele Islamvertreter lehnen hinter vorgehaltener Hand, jedoch niemals öffentlich, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung als zu schwach ab und bevorzugen die Scharia, einschließlich der Todesstrafe. Sie bekennen sich insgeheim zu dem Ziel, nach Erlangung der gesellschaftlichen Mehrheit in Deutschland die Demokratie

abzuschaffen und hier einen Gottesstaat nach islamischem Recht einführen zu wollen. Unsere demokratischen Freiheiten, unser Parteiensystem, unsere Toleranz, das alles ist für sie nur ein willkommenes Vehikel zur Erlangung der islamischen Macht über uns und unser Land, es wird als Schwäche ausgelegt.

Andersgläubige und Frauen sind im Islam nicht gleichberechtigt, sie werden z.T. brutal unterdrückt. Letztere dürfen sogar gezüchtigt werden von ihren Ehemännern. Ein Mann darf bis zu vier Ehefrauen haben, es herrscht die Polygamie. Die Frau hat dem Mann zu dienen, unterwürfig und hörig zu sein. Frauen erben nur die Hälfte gegenüber Männern.

Verfassungsrechtlich ist feststellbar, dass sich der Islam **nicht auf Art. 4 Grundgesetz (GG) berufen kann**, weil er die UN-Menschenrechtskonventionen nicht anerkennt und auch nicht unterschrieb, was aber die Grundlage wäre. Stattdessen legten sich die islamischen Staaten mit der „**Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam**“ **von 1990 eine eigene islamische Scharia-kompatible Menschenrechtserklärung** zu, die in weiten Teil nicht kompatibel mit der der UN ist und mithin auch nicht mit unserem GG, unseren Gesetzen und Grundwerten.

Abschließend darf nicht unerwähnt bleiben, dass die alles umfassende Gesellschafts- und Rechtsordnung im Islam, **die Scharia, in weiten Teilen inhaltlich und wertebezogen diametral entgegengesetzt zu unserem GG** und zu unseren Gesetzen steht und **antidemokratisch** ist.

Bei einer engen und strengen verfassungsrechtlichen Auslegung müsste der Islam in Deutschland nicht nur m.E. als verfassungs- und demokratiefeindliche Ideologie verboten werden.

Aus den vorgenannten Gründen kann, nein darf der Islam nicht zu Deutschland gehören. Muslime hingegen können zu Deutschland gehören, wenn, wie Sie es sagten, diese unsere freiheitlich demokratische Grundordnung bedingungslos akzeptierten und diese Grundordnung nachweislich über die Regeln des Islam, des Koran und besonders über die der Scharia stellen. Die Scharia aber ist untrennbar mit dem Islam verbunden.

Sehr geehrter Herr Innenminister Seehofer, es war meine Absicht, Ihnen mit den vorstehenden Ausführungen ein paar unterstützende Argumente zu Ihren ermutigenden Äußerungen bezüglich Islam in Deutschland zu liefern.

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben!

Mit freundlichen Grüßen

^{*)} G. V. (Name und Anschrift d. Red. bek.)